

Grundsätze christdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert

ERÖFFNUNGSREDE VON GENERALSEKRETÄR RONALD POFALLA MDB ANLÄSSLICH DES IX. MINKS FORUM

Sehr geehrter Herr Botschafter, lieber Herr Lindner, sehr verehrte Gäste, der 9. November ist für die Deutschen kein gewöhnlicher Tag. Der 9. November ist vielmehr ein Tag, der wie kein anderer an die Höhen und Tiefen der deutschen Geschichte erinnert. Ein Tag, der vielfältige Gefühle erweckt:

- Am 9. November 1918 erkämpften sich die Deutschen die erste Republik auf deutschem Boden und gaben sich in der Folge eine freie Verfassung.

- Am 9. November 1938 die Eruption der Gewalt gegen die deutschen Juden in der sogenannten „Reichskristallnacht“.

- Und der 9. November 1989 der Tag der Freiheit, des Falls der Mauer, des Beginns der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und Europas.

Mit Blick auf diese Jahrestage (und mein Geburtsdatum) können Sie sich vorstellen, dass es der Mauerfall ist, der mich in meinem politischen Werdegang am meisten geprägt hat. Auch deswegen habe ich bei meiner letzten Reise nach Minsk meinen Gesprächspartnern jeweils ein solches Stück der Berliner Mauer geschenkt (hochhalten).

Ich darf hier auch an die Freiheits-Tradition meiner eigenen Partei erinnern. Man hat mit großem Recht gesagt, die CDU sei in den nationalsozialistischen Gefängnissen von Berlin-Tegel gegründet worden.

Viele Gründungsmitglieder kamen aus dem christlich und patriotisch motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime. Aber ich will ganz sicher nicht, den Grundwert der Freiheit für meine Partei okkupieren. Nein, Freiheit ist nicht okkupierbar. Nein, eine einzelne Partei, eine einzelne Person kann die Verantwortung, die aus diesem universellen Grundwert entstammt, gar nicht alleine tragen. Der Wert der Freiheit ist universell.

Die daraus resultierende Verantwortung ebenso!

Meine Damen und Herren, Es ist leider nicht überall selbstverständlich, dass man öffentlich und auf der Straße Kritik an politischen und gesellschaftlichen Zuständen üben darf. Es ist leider nicht überall selbstverständlich, dass man als Oppositionspolitiker in Freiheit und Sicherheit an der politischen Kultur eines Landes mitwirken kann. Unabhängig davon, ob wir über Meinungsfreiheit, politische Freiheit oder Religionsfreiheit reden. Allen Regierungen weltweit muss klar sein, dass Freiheit nicht von ihnen großzügig gewährt wird. Aufgabe der Regierungen ist es, Freiheit zu verteidigen!

Der Staat ist für die Bürger da. Nicht die Bürger für den Staat! Viele Deutsche haben heute noch sehr präsent, was es heißt, unter einer Diktatur zu leben. Viele Deutsche, auch in meiner Partei, können uns von diesen Erfahrungen unter einer Diktatur berichten und halten diese Erfahrungen in unserem Land wach.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

WEIßBRUSSLAND

RONALD POFALLA

November 2006

www.kas.de/weißbrussland

www.kas.de

Ich denke da an Bürgerrechtler wie Jens Reich, Freya Klier, Friedrich Schorlemmer oder Joachim Gauck, oder in meiner Partei Vera Lengsfeld, Rainer Eppelmann, Günter Nooke oder Arnold Vaatz. Arnold Vaatz etwa hat mutige Dinge getan in den Zeiten der DDR. Er war von der Staatssicherheit gefährdet. Zeitweilig saß er in Haft. Als ein berühmter Dichter der DDR, Stephan Hermlin, 1987 die Feststellung Helmut Kohls vehement kritisierte, es gebe in Ostdeutschland 2000 politische Gefangene, bekräftigte Vaatz in einem offenen Brief, er sei politischer Gefangener seit er denken könne, „in einem Stacheldrahtverhau von 108 000 Kilometern im Quadrat“.

Meine Damen und Herren,
Freiheit mit gewaltlosen Mitteln zu erreichen, das geht. Dafür stehen hunderttausende Ostdeutsche, die vor 17 Jahren skandiert haben „wir sind das Volk“. Wer, wenn nicht wir Deutsche können Botschafter der friedlichen Revolution sein. – Ich gehe sogar noch weiter: Wir haben sogar eine moralische Verantwortung dazu, Botschafter der Freiheit zu sein.

Meine Damen und Herren,
ich bin heute das zweite Mal in diesem Jahr in Belarus. Bei meinem ersten Treffen Ende März habe ich gemeinsam mit meinem Freund Arnold Vaatz u.a. Herrn Milinkewitsch getroffen und mit ihm ein langes und intensives Gespräch geführt. Es hat uns tief bewegt, mit welchem Engagement, mit welcher Entschlossenheit und welcher Furchtlosigkeit sich Milinkewitsch und seine politischen Freunde für eine demokratische Entwicklung in Frieden einsetzen.

Den Gesprächsfaden haben wir seitdem nicht verloren. Nach einem Treffen mit gemeinsamer Pressekonferenz in Berlin folgte heute das bereits das dritte Gespräch.

Sie können daher vielleicht erahnen, wie sehr ich mich – auch ganz persönlich – darüber gefreut habe, dass in diesem Jahr Alexander Milinkewitsch den Sacharow-Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments erhält. Er wird für seinen Kampf für die Meinungsfreiheit ausgezeichnet, hat das Parlament mitgeteilt.

Die Reaktion des Preisträgers selber unterstreicht seine menschliche Größe: „Der Preis geht nicht an mich als Anführer oder Politiker, es ist ein Preis für die Gemeinschaft aller Demokraten in Weißbrussland“, sagte er.

Daher möchte ich die Gelegenheit ergreifen und Alexander Milinkewitsch meine Glückwünsche, meine Hochachtung und meine weitere Unterstützung aussprechen. Gleichzeitig darf ich die Glückwünsche und Grüße der Bundeskanzlerin und Vorsitzenden meiner Partei, Dr. Angela Merkel, übermitteln. Ich habe mit Bundeskanzlerin Merkel im Vorfeld dieses Besuchs gesprochen und ich werde sie wie die Gremien meiner Partei im Anschluss über den Verlauf und meine Eindrücke informieren.

Meine Damen und Herren,
mein Standpunkt gegenüber der belarussischen Regierung hat sich nicht verändert. Die fünf Forderungen, die Arnold Vaatz und ich voriges Mal erhoben haben, haben weiterhin Bestand. Ich will Sie Ihnen nennen:

1. Alle politischen Gefangenen – dazu zählt natürlich auch Alexander Kosulin, dessen Frau ich heute Nachmittag gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Zapf gesprochen habe – sind unverzüglich freizulassen.
2. Echte politische Meinungsfreiheit ist herzustellen. Politisch Andersdenkende dürfen in Übereinstimmung mit den internationalen menschenrechtlichen Normen nicht eingeschüchert, verfolgt oder festgenommen werden.
3. Die Medien müssen ungehindert arbeiten können und dürfen nicht Repressalien ausgesetzt oder ihre Tätigkeit Einschränkungen ausgesetzt werden.
4. Die Versammlungsfreiheit und die Bewegungsfreiheit aller Bürger müssen ohne willkürliche Beschränkungen gewährleistet sein. Friedliche Kundgebungen müssen durchgeführt werden können. Zivilgesellschaftliche Vereinigungen und politische Parteien müssen sich frei entfalten können und dürfen keinen repressiven oder diskriminierenden Maßnahmen unterworfen werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

WEIßRUSSLAND
RONALD POFALLA

November 2006

www.kas.de/weißrussland
www.kas.de

5. Die rechtsstaatlichen Grundsätze müssen im Rahmen der Gewaltenteilung und in Übereinstimmung mit den universalen Menschenrechten gelten und gewährleistet werden. Die Verpflichtungen der OSZE sind zu achten.

Aber, ich will nicht nur Positionen wiederholen, ich will auch das Ziel unserer Bemühungen benennen: Meine Partei, die CDU Deutschlands, und ich wünschen uns Belarus als einen stabilen, demokratischen und rechtsstaatlich verfassten Partner in Europa, der die Menschenrechte achtet und wirtschaftlich floriert. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, die Beziehungen mit Belarus vertiefen zu können. Das ganze demokratische Spektrum der politischen Parteien in Belarus sollte daran teilhaben können. Auch deshalb hat sich die CDU dafür eingesetzt, dass die Belarussische Volksfront und die Vereinigte Bürgerpartei einen Beobachterstatus in der EVP erhalten – was jetzt seit Juni dieses Jahres der Fall ist. Dadurch sind die beiden Parteien auch offiziell Partnerparteien der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Europa.

Meine Damen und Herren, christdemokratische Politik stellt den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt. Für uns bedingen sich die freie Entfaltung der Person und der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Uns leitet das christliche Menschenbild und unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Diese christdemokratische Identität, dieser Anspruch macht nicht an Landesgrenzen halt. Vielmehr leitet sie auch christdemokratische Außenpolitik. Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht überall auf der Welt offen Missstände an und setzt sich gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und – in dieser Frage darf ich sicher auch alle anderen demokratischen Parteien „vereinnahmen“ – dem deutschen Parlament dafür ein, dass der Missbrauch von Freiheit, Gewalt und Diktatur weltweit geächtet werden.

Diese Position hat u.a. dazu geführt, dass die europäische Union, für eine ganze Reihe von Vertretern der belarussischen Regierung und Justiz ein Einreiseverbot verhängt

hat. Dies ist ein starkes Signal an die Betroffenen. Das Signal lautet: Sie werden beobachtet. Sie sind namentlich erfasst und sollten besser heute als morgen Schluss machen, mit der Unterdrückung von Freiheit und Demokratie!

Ich kann Ihnen versichern, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union, diejenigen fördern wird, die sich für ein freiheitliches Belarus einsetzen und diejenigen weiter sanktionieren wird, die diesem Ziel entgegen wirken.

Meine Damen und Herren, die belarussische Regierung kennt natürlich diese Position und niemand kann ernsthaft überrascht sein, dass ich sie hier wiederhole. Ich bedauere sehr, dass bis dato mit den falschen Signalen darauf geantwortet wird.

Ganz sicher ist es kein positives Signal, dass Mitgliedern des deutschen Bundestages, wie Marie-Luise Beck von den Grünen und Georg Schirmbeck von meiner Partei, die Einreise zu diesem Forum verweigert wurde. Das ist nicht in Ordnung – das ist das falsche Signal. Lieber Herr Lindner, ich bin zum ersten Mal auf diesem Forum, welches Sie initiiert haben. Aber ich verstehe es auch als eine Brücke. Alle Gäste, die hier sind, gehen über diese Brücke und überwinden – so ist zumindest meine Intention – die Sprachlosigkeit.

Gegensätze und selbst große Meinungsverschiedenheiten sollten nie zu einer kompletten Sprachlosigkeit führen. Dafür stehen sicher auch die Mitveranstalter, wie die politischen Stiftungen, natürlich die Botschaft selber und die Vertreter der Repräsentanz der deutschen Wirtschaft in Minsk Pate. Herr Linder, ich hoffe, Ihre Motivation damit richtig wiedergegeben zu haben.

Meine Damen und Herren, christdemokratische Politik ist natürlich geprägt von einem sehr bekannten Deutschen. Von Ludwig Erhardt. Sein Name steht für das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Ordnung des freien Wettbewerbs. Die staatlich garantierte Ordnung des Wettbewerbs sorgt für Rahmen-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

WEIßRUSSLAND

RONALD POFALLA

November 2006

www.kas.de/weißrussland

www.kas.de

bedingungen, in denen sich die schöpferischen Fähigkeiten des Einzelnen frei entfalten können. Diese Entfaltung findet aber ihre Grenzen an den Rechten und Chancen des Mitmenschen. Damit ist die Soziale Marktwirtschaft die wirtschaftlich-soziale Ordnung der Freiheit in der politischen Ordnung der Freiheit. Die Wirtschaftsordnung ist vom gleichen Impuls getragen wie die Staatsverfassung: Es geht ihr um die Wahrung der Würde des Menschen vor Übergriffen des Staates und vor der Willkür von Mitmenschen. Ziel ist eine Freiheit, die weder durch staatliche Bevormundung noch durch Zwangsgewalt und wirtschaftliche Macht bedroht ist.

In dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der selbständige, verantwortlich handelnde Mensch das Leitbild. Der Mensch muss etwas leisten können. Erstens um Mensch zu sein; zweitens um als dieser Mensch, frei und verantwortlich, für sich selbst sorgen zu können.

Ludwig Erhardt hielt es für menschengemäß zu sagen: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“

Die Soziale Marktwirtschaft ist deshalb eine Gesellschaftsordnung. Die wirtschaftliche Wettbewerbsordnung übersetzt das Verfassungsideal des freien und gleichen Staatsbürgers in eine Chancengleichheit der frei wirtschaftenden Bürger. Auf diese Weise gelang es in der Bundesrepublik, Klaskendenden zu überwinden und soziale Grenzen durchlässig zu machen.

Das Menschenbild, von dem her die Väter der Sozialen Marktwirtschaft die neue Idee konzipierten, ist ein christlich geprägtes Menschenbild. Im christlichen Freiheitsverständnis gehören Freiheit und Verantwortung zusammen. Freiheit ist sofort auch Selbstbeschränkung und Wahrnehmung von Verantwortung. Freiheit heiße ja nicht „Freibeutertum“, meinte Erhard einmal. Mitmenschlichkeit und Verantwortung zu übernehmen, gehören zum Wesen des Menschen. Eine wirtschaftliche Ordnungspolitik

für die Freiheit darf diese natürliche Gemeinschaftsorientierung des Menschen nirgends behindern. Sie muss die Bereitschaft zur Verantwortung stärken.

Meine Damen und Herren, dieses Forum befasst sich völlig zu Recht auch mit wirtschaftspolitischen Fragen unserer beiden Staaten. Viele Gäste heute Abend sind Unternehmer. Was Sie wissen, aber viele in Deutschland nicht, ist dass der bilaterale Handel zwischen Deutschland und Belarus allein im ersten Halbjahr 2006 etwa US\$ 1 Mrd. betrug, was immerhin einer Erhöhung von 42,4% gegenüber dem ersten Halbjahr 2005 entspricht. Die belarussischen Ausfuhren nach Deutschland stiegen um etwa ein Viertel und die Einfuhren aus Deutschland um etwa die Hälfte auf US\$ 673 Mio. Die etwa 300 deutsch-belarussischen Joint ventures sind ebenso wichtig wie die Projekte im Rahmen des Förderprogramms Belarus der deutschen Bundesregierung (seit 2002), das mit mehreren Millionen Euro über das BMZ auch Projekte zur Förderung des Kleinen und mittleren Unternehmertums etwa im Bereich erneuerbare Energie fördert.

Die weißrussische Wirtschaft hat trotz der Wachstumszahlen ein Zukunftsproblem. Wenn sich die günstigen Energiepreise nicht halten lassen oder sich die Absatzbedingungen auf dem russischen Markt verschlechtern, werden die Wachstumsraten stagnieren oder zurückgehen. Der Anteil von Öl und Gas am Export macht 43% am Gesamtexport von Belarus aus. Über die Ankündigung der russischen Gasprom zur Steigerung der Exportpreise für Erdgas wird ja auch auf dem Minsk Forum gesprochen werden. Die Belieferung durch Russland und die Abnahme durch Europa sind für das Transitland Belarus existenziell. Die Jamal-Gaspipeline durch Belarus leitet ca. 30 Mrd. m³ Gas durch das Transitland nach Westeuropa.

Meine Damen und Herren, ich kann nicht abschätzen, wie die Verhandlungen mit Gasprom ausgehen und welche Folgen sie nach sich ziehen werden. Sicher ist, dass es Veränderung auslösen wird. Das Belarus von Morgen wird ein anderes sein,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

WEIßRUSSLAND

RONALD POFALLA

November 2006

www.kas.de/weißrussland

www.kas.de

als das Belarus von Heute. Deutschland wird in wenigen Wochen die europäische Ratspräsidentschaft und den Vorsitz der G8 übernehmen. Das ist eine große Verantwortung für die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin. Ich bin kein Vertreter der deutschen Regierung. Dennoch kann ich glaube ich versichern, dass beides – die Ratspräsidentschaft wie der G8 Vorsitz – Implikationen auf das deutsch-belarussische Verhältnis haben wird. Es ist das Ziel, Europa zu einem „Raum der Sicherheit und Stabilität“ auszubauen. Dies bedingt gemeinsame Strategien mit unseren europäischen Partnern und Freunden und ein gemeinsames Verständnis im Umgang mit den Nachbarn der Europäischen Union.

Ich kann ferner versichern, dass meine Partei und auch ich ganz persönlich auch weiterhin die Entwicklungen hier vor Ort sehr wachsam verfolgen. Alexander Milinkewitsch und seine Freunde sind mir und meiner Partei auch in Zukunft jederzeit willkommen. Er weiß darüber hinaus, dass wir ihm hilfreich zur Seite stehen, wenn er uns braucht.

Meine Damen und Herren,
uns allen liegen die deutsch-belarussischen Beziehungen am Herzen. Deshalb sind Sie alle hier. Ich möchte Sie auffordern und bitten, zu Botschaftern der friedlichen Freiheit zu werden. So wie dieses Mauerstück (hochhalten) uns Deutsche an die Kraft der Freiheit erinnert, soll es unseren belarussischen Freunden Mut machen, ihren zum Teil steinigen Weg weiterzugehen. Der belarussischen Regierung und ihren Vertretern soll es ein Symbol dafür sein, dass keine Gefängnismauer und keine Staatsgewalt der Welt dauerhaft die Kraft der Freiheit unterdrücken kann.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!